MILCHMARKT: In Belgien ist der Milchpreis zum Teil schon auf 24 Cent gefallen

Wachsender Protest der Milchbauern

Die EU weitet die Milchmenge immer weiter aus. Der Druck auf den Milchpreis nimmt zu, der Protest der Bauern aber auch.

SAMUEL KRÄHENBÜHL

«So kann es nicht weiter gehen», meint Fritz Studer erzürnt. Der aus Gänsbrunnen SO stammende Bauer ist zusammen mit Frau Katja und drei Kindern vor 15 Jahren nach Frankreich ausgewandert. Seither betreiben sie in in Saonnet in der Normandie einen Betrieb mit 128 ha Land und rund 492 000 kg Milchkontingent. Im laufenden Milchjahr dürfen sie aber sogar 502 000 kg melken. Wirklich begeistert ob den paar tausend Kilo zusätzlichem Lieferrecht ist Studer aber nicht. Denn wegen der Ausweitung der Milchmenge durch die EU-Kommission werde dafür der Milchpreis kaputt gemacht: «Im August erhielten wir noch 34,4 Cent (50 Rappen) pro Liter. Jetzt will unsere Molkerei auf November den Milchpreis um 6 Cent senken.» Im neuen Jahr wolle der Milchverarbeiter Danone gar 10 Rappen weniger zahlen. Das sind noch 24 Cent oder umgerechnet 36 Rappen.

Er kann es auch noch von Hand: Der nach Frankreich ausgewanderte Schweizer Fritz Studer würde lieber etwas weniger melken, dafür aber mehr pro Kilo Milch verdienen. *(Bild: sam)*

EU will Menge ausweiten

Die EU-Kommission hat an einer Konferenz diese Woche in Luxemburg beschlossen, den Weg der Mengenausweitung und damit auch der sinkenden Milchpreise weiter zu gehen. Der Milchmarkt der EU wird bis zum Ausstieg aus dem Quotensystem im Jahr 2015 stufenweise liberalisiert. Eine neue Schrittfolge der Kommission, nach der die Kontingente sechsmal um jährlich 1 % erhöht werden, deutet sich als Kompromiss an.

Dass aber viele Bauern unzufrieden sind mit dieser Politik, bekamen während der Konferenz in Luxemburg die EU-Agrarminister zu spüren. Hunderte erzürnte Milchbauern demonstrierten gegen die Politik der EU. Das European Milk Board (EMB) hatte zu den Protesten aufgerufen. «Die Bereitschaft zum Protest wächst», bestätigt BIG-M-Präsident Martin Haab, der als Vorstandsmitglied des EMB in Luxemburg eine Rede hielt. «Belgische Milchproduzenten haben schon neue Verträge über nur noch 24 Cent (36 Rappen) pro kg Milch abschliessen müssen», erzählt er.

Auch in Frankreich regt sich jetzt mehr und mehr Protest. Während im Juni die Bereitschaft noch klein war, sich dem europaweiten Milchstreik anzuschliessen, finden jetzt fast täglich Fabrikblockaden oder Aktionen gegen Supermärkte statt. Auch Studer ist bereit, sich dem Protest anzuschliessen: «Es ist der einzige Weg, uns Gehör zu verschaffen», betont er. Denn die Milchbauern fühlen sich den Molkereien ausgeliefert. Und er macht sich auch Gedanken über die Ereignisse in der Schweiz. Die Franzosen hätten ihm nicht glauben wollen, als er ihnen vom erfolgreichen Milchstreik in der Schweiz erzählt habe.

Molkereien ausgeliefert

Mit der momentanen Entwicklung in der Schweiz hat er aber Mühe: «Ich kann diejenigen Schweizer Bauern nicht verstehen, welche sich als Direktlieferanten einer einzigen Molkerei verschreiben wollen.» In Frankreich hätten alle Milchbauern direkte Verträge mit den Milchverarbeitern, und das sei alles andere als positiv: «Man ist den Molkereien auf Gedeih und Verderb ausgeliefert», sagt er. Besonders schlimm sei, dass man fast wie ein Leibeigener der Fabrik gehöre. Wenn ein Milchbauer die Molkerei wechseln wolle, dann werde er von den anderen Molkereien abgewiesen. Und die Verantwortlichen der eigenen Fabrik seien dann sehr wohl informiert, wenn man eine andere Molkerei zum Wechseln angefragt habe. «Die Molkereien handeln offensichtlich lieber die Milch untereinander auf dem Spotmarkt, als dass sie den Bauern die Möglichkeit gäben, sich den Verarbeiter auszusuchen», folgert er. Das führt dann manchmal zu grotesken Situationen. So erhielten im Sommer 2007 Studers rund 30 Cent ausbezahlt. Die Molkereien handelten aber auf dem Spotmarkt untereinander die Milch für 44 Cent. Zum damaligen Wechselkurs waren das umgerechnet 70 Rappen.

Wechselkurs als Problem

Die Entwicklung in der EU ist aber auch für die Schweizer Milchproduzenten gar nicht gut. Während der Schweizer Milchpreis verglichen mit den 34,4 Cent in Frankreich im August gemäss SMP-Formel noch in einem guten Verhältnis stand, lässt die Entwicklung in der EU nichts Gutes für die Schweizer Bauern erahnen.

Mit dem damaligen Wechselkurs von rund Fr. 1.60 betrug der Milchpreis noch umgerechnet 55 Rappen. Mit dem stark gesunkenen Wechselkurs sind das aber jetzt nur noch 50 Rappen. Und wenn der Milchpreis tatsächlich auf 28,4 Cent sinkt, dann wären es dann nur noch 41.7 Rappen.

SPANIEN: Andalusiens Regionalregierung und Gemüsebranche von Almería setzen auf Ökologie und Nachhaltigkeit

Almería positioniert sich im EU-Markt mit Bio

Die andalusische Regierung und die Gemüsebranche von Almería starten eine Qualitätsoffensive. Damit reagieren sie auf Kritik an Arbeitsbedingungen und Umweltschutz im grössten Gemüseanbaugebiet der EU.

SIMON MARTI

«Almería hat ein Image-Problem in Europa», kommentierte ein Beobachter des EU-Gemüsemarktes an der Pariser Lebensmittelmesse SIAL. In der Tat waren die Arbeitsbedingungen der afrikanischen Einwanderer in den Gemüseplantagen von Almería in den letzten Jahren auch in der Schweiz immer wieder ein Thema. Hinzu kommen Schlagzeilen über ökologische Probleme im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und einem wenig haushälterischen Umgang mit den Grundwasserreserven. Andalusien leidet notorisch unter Wassermangel.

Der andalusische Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Martín Soler, wirbt an der Lebensmittelmesse SIAL in Paris für nachhaltig produziertes Gemüse aus Almería. *(Bild: msi)*

Almeria in der Offensive

Nun geht die Regierung der autonomen Gemeinschaft Andalusien in die Offensive. An der Pariser Lebensmittelfachmesse SIAL präsentiert sie dem EG-Markt die Anstrengungen, welche sie in ihrer Provinz Almería gemacht hat und noch plant: «Die 37 500 Hektaren gedeckter Gemüse- und Früchteanbau sind weltweit zu einem Modell für ökologische und nachhaltige Produktion geworden», erklärte der andalusische Agrar- und Fischereiminister Martín Soler in Paris. Die Region an der Südspitze Spaniens hat erkannt, wie wichtig ein gutes Image auf dem europäischen Markt ist. Neben dem Tourismus ist die Landwirtschaft wichtigster Wirtschaftszweig Andalusiens. Deshalb will die Regionalregierung in Sevilla mehrere Millionen Euro in bessere Kontrollen der sozialen und ökologischen Standards investieren.

Glaubwürdigkeit steigern

So sollen die Regeln des GlobalGAP flächendeckend kontrolliert werden. Ein Beamter der andalusischen Regierung erläutert, das Problem bestehe darin, dass einzelne Betriebe, die sich nicht um ökologische oder soziale Auflagen scherten, dem Image aller Gemüseproduzenten Almerías in der europäischen Öffentlichkeit grossen Schaden zufügten. «Mit besseren Kontrollen können wir deshalb die Glaubwürdigkeit verbessern.»

Martín Soler lud in Paris die europäische Gemüseszene zur Expo Agro-Almería ein, wo diesen November die Vorzüge des andalusischen Gemüse- und Früchteanbaus vorgestellt würden. Gerade die Glaubwürdigkeit wird im EU-Binnenmarkt immer wichtiger, denn ein niedriges Kostenumfeld ist längst keine spanische Spezialität mehr. Vor allem Deutschland hole auf, weiss ein französischer Insider im Gemüsehandel: «Ich habe grosse Achtung vor dem deutschen Gemüsesektor.» Dieser habe sich restrukturiert und die Kosten konsequent gesenkt.

Schon 50 Prozent Bio

Doch der Vorteil des Klimas bleibt Andalusien erhalten. «Warum sollen in Holland Treibhäuser mit Öl geheizt werden, wenn in Almería die Sonne scheint?», fragt ein holländischer Marktbeobachter. Im EU-Binnenmarkt würden die Agrarprodukte in erster Linie dort produziert, wo die besten Produktionsbedingungen herrschen. In den vergangenen Jahren habe die biologische Produktion in Almería Einzug gehalten, sagte ein Beamter der andalusischen Regionalregierung: Genaue Zahlen könne er nicht nennen. Jedoch: «Über 50 Prozent unserer Produktion sind bereits Bio.»

Für den Gemüsebau Almerías ist auch der Schweizer Markt interessant. Enttäuscht zeigten sich einige Spanier von der Migros. Diese habe vor drei Jahren eine Negativkampagne gegen den Früchte- und Gemüseanbau in Almería geführt.

Migros ist zufrieden

Monika Weibel, Pressesprecherin bei Migros, relativiert diese Sicht. Migros setze sich seit jeher für ökologische und soziale Belange ein. Man sei sich bewusst, dass die Situation in Südspanien angespannt sei. «Deshalb haben wir schon vor Jahren mit Behörden und Lieferanten in Spanien und der Schweiz Kontakt aufgenommen, um auf diese Umstände aufmerksam zu machen», teilt Weibel mit. «Mittlerweile sind alle Lieferanten in Südspanien, die für die Migros produzieren, GlobalGAP-zertifiziert», weiss Monika Weibel.

Heute sei die Migros sehr zufrieden mit den Produkten aus Almeria. So seien auch alle Bioproduzenten bei Migros akkreditiert und entsprechend Biozertifiziert. Von den Bio-Produkten importiere Migros vor allem Fenchel, Eisbergsalat, Gurken und Brokkoli aus Südspanien, so Weibel.

NACHRICHTEN

Käfigeier bleiben deklariert

Die Deklaration von importierten Eiern von Legehennen aus Käfighaltung bleibt bestehen. Dies teilte die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) am Mittwoch in einer Medienmitteilung mit. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht erwäge der Bundesrat die Abschaffung dieser Ausnahme vom Cassis-de-Dijon-Prinzip nicht, wie das Seco der SKS bestätigt habe. Die SKS zeigte sich erfreut, dass das Recht auf Information der KonsumentInnen respektiert werde. Gerade im Hinblick auf die Öffnung der Agrarmärkte müsse die Schweizer Landwirtschaft auf Transparenz und Qualität setzen. *msi*

Uniterre will Mehrmengen kürzen

Für einen fairen Milchpreis verlangt Uniterre eine nationale Koordination aller Produzentenorganisationen (POs und PMOs) sowie eine Einschränkung von 20 Prozent der 120 Millionen zugeteilten Milchmehrmengen. Die momentane Überproduktion habe nichts mit der über den Milchstreik erreichten Preiserhöhung zu tun, weil es ja mehrere Monate brauche, bis eine Kuh produktiv werde, sondern es sei die Konsequenz der 120 Millionen Mehrmilchmengen (zur Basismilchmenge), die von den POs und den PMOs angefragt und vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) bewilligt wurden, so Uniterre. *sam*

Bundesrat lehnt Volksinitiative ab

Der Bundesrat hat sich am Mittwoch gegen die Volksinitiative «gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen» ausgesprochen. Die Initiative der Stiftung Helvetia Nostra würde zu einem weitgehenden Verbot grösserer Bauten und Anlagen der Industrie, des Gewerbes, des Tourismus und von Sport- und Freizeitanlagen führen, soweit sie Umwelt und Landschaft beeinträchtigen. Laut dem Bundesrat sei die Zersiedlung nicht auf solche Anlagen, sondern vor allem auf Einfamilienhäuser zurückzuführen. Die Folgen bei Annahme der Initiative wären für die schweizerische Volkswirtschaft gravierend. *msi*

Subventionen für Bauern statt für UBS

Wenn die Grossbank UBS schon 68 Milliarden Franken vom Staat bekomme, dann sei es nichts als recht, wenn der Staat auch zu den Bauern schaue. Dies schreibt Helmut Hubacher, ehemaliger Präsident der SP Schweiz, in einer Kolumne der «Basler Zeitung». Zwar seien die Einwände gegen die Subventionen zum Teil schon berechtigt, denn wo so viel Geld fliesse, versickere einiges: «Aber es ist halt auch wahr, ohne Bundeshilfe könnten unsere Bauern nicht überleben.» Alles wäre vom Ausland billiger zu importieren, räumt Hubacher ein. «Möchten wir das? Wie sähe dann die Schweiz aus? Praktisch ohne Bauern? Heute gibt es gut 60 000 Bauernbetriebe. 1985 waren es noch knapp 100 000. Ich meine, was für die UBS recht ist, ist für die Bauern billig. Ohne Wenn und Aber», meint Hubacher klipp und klar. *sam*